

Mehr Druck auf Piratenstaaten

Sven Giegold ist Steuerexperte von ATTAC Deutschland.

### **Manager und andere Reiche drücken sich gerne um die Besteuerung ihrer Einkünfte. Sind die Behörden tatsächlich so machtlos, wie sie sich meist darstellen?**

Die Behörden sind keinesfalls machtlos, auch wenn sie teilweise schlecht ausgerüstet sind. Doch das größte Problem stellen unkooperativen Staaten wie Liechtenstein dar sowie die Tatsache, dass es keinen ernsthaften diplomatischen Druck auf diese Staaten gibt.

### **Weshalb geschieht seitens der deutschen oder auch der französischen oder anderer betroffener Regierungen so wenig?**

Man kann sagen, dass Liechtenstein und die anderen Steueroasen die Piratenstaaten im globalisierten Kapitalismus sind, die durch die faktische Untätigkeit der Regierungen der reichen Länder mit einem Kaperbrief ausgestattet werden. Um diesen Zustand zu ändern, müsste den Interessen transnationaler Konzerne und reicher Privatpersonen massiv geschadet werden. Aber dazu fehlt bislang offensichtlich der politische Wille.

### **Was könnte unternommen werden?**

Man muss unterscheiden, was hierzulande und was international gemacht werden kann. International müssten alle Steueroasen, alle Staaten, die sich weigern, regelmäßig und automatisch beim Aufbringen von Steuern ausländischer BürgerInnen zu helfen, auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Wer auf dieser Liste steht, kann denn nicht mehr offenen Zugang zu den globalen Märkten bekommen. Man könnte zum Beispiel den freien Kapitalverkehr durch Meldepflichten und Transaktionssteuern einschränken, man könnte Handelsvorteile streichen. Mit derlei Maßnahmen könnte dem Steueroasen-Unwesen ein Riegel vorgeschoben werden.

### **Einige der Steueroasen liegen auf dem Hoheitsgebiet zum Beispiel Großbritanniens, wie Jersey oder die Kaiman-Inseln, aber gehören nicht zur EU...**

Andere Beispiele sind Monaco und Andorra, die ein besonderes Verhältnis zu Frankreich haben. Es gibt auch US-amerikanische Steueroasen wie die US-Jungfern Inseln. Schutzstaaten wie Großbritannien sorgen in der EU regelmäßig dafür, dass die Regeln gegen Steueroasen unwirksam bleiben. Die EU-Zinsrichtlinie zum Beispiel betrifft nur Privatpersonen. Unternehmen, Stiftungen, Dividenden, Wertsteigerungen von Anlagen bleiben ungeschoren. Die anderen Länder lassen sich das gefallen.

### **Wir haben bisher hauptsächlich über das Ausland gesprochen. Was könnte im Inland gegen Steuerflucht unternommen werden?**

Zunächst müssten die Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschaftskriminalität und die Steuerfahndung in den Finanzämtern aufgestockt werden. Die haben heute große Personalprobleme. Zweitens muss das steuerliche Bankgeheimnis eingeschränkt werden. Es muss endlich möglich sein, dass die Staatsanwaltschaft in eine Bank geht und alle Transaktionen mit Steueroasen überprüft. Bisher darf sie immer nur Einzelfälle

untersuchen, bei denen es Hinweise gibt. Es dürfen aber zum Beispiel nicht alle Transaktionen mit Liechtenstein überprüft werden. Drittens müssten die Firmen gezwungen werden, ihren Strukturen offenzulegen. Die Konzerne müssen veröffentlichen, in welchem Land Töchter unterhalten werden und wie viel Gewinne diese dort ausgewiesen und versteuert haben. Dafür würde ein Beschluss des Bundestages reichen. Diese Maßnahme wäre enorm wirksam im Kampf gegen Steuervermeidung in transnationalen Unternehmen, weil viel mehr öffentlicher Druck aufgebaut werden könnte.

### **Einige dieser Forderungen wurden zu anderen Zeiten bereits von der SPD aufgestellt, doch geschehen ist nichts. Weshalb?**

Erstens würde man mächtigen Leuten, die mit der Politik stark vernetzt sind, auf die Füße treten. Zweitens müssen bisher die Kosten des Steuervollzugs von den einzelnen Bundesländern getragen, aber die Erträge mit allen anderen geteilt werden. Die Wirtschaftsliberalen ziehen daraus den Schluss, dieses Teilen, den Länderfinanzausgleich, zu schwächen, was zu mehr Ungleichheit zwischen den Ländern führen würde. Wir lehnen das ab und fordern stattdessen eine Bundessteuerverwaltung, bei der die Kosten vom Bund getragen würden. Dann wäre der Anreiz größer, die Steuern auch ernsthaft einzutreiben. Und es wäre nicht mehr möglich, dass Bundesländer wie derzeit zum Beispiel Hessen eine schlechte Ausstattung der Finanzämter als Standortvorteil begreifen.

**Interview: Wolfgang Pomrehn**